SAPMO
DY 24 /
21844
Blattzahl (fol. 1-

Zentralrat der FDJ

Information

über Verlauf und Ergebnisse des V. Konsultativtreffens der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit, AEYSC, vom 4. bis 6. März 1988 in Wien, Österreich

I.

Das V. Konsultativtreffen der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit, AEYSC, fand vom 4. bis 6. März 1988 in Wien, Österreich, statt. Gastgeber waren die Internationale Union der Sozialistischen Jugend, IUSY, und die Sozialistische Jugend Österreichs, SJÖ. An dem Treffen nahmen 110 Vertreter internationaler, regionaler und nationaler Jugend- und Studentenorganisationen unterschiedlicher politischer, philosophischer und religiöser Orientierung aus 23 europäischen Ländern teil.

Die Delegation der FDJ wurde durch den Sekretär des Zentralrates der FDJ, Jochen Willerding, geleitet. Ihr gehörte Matthias Schulz, Sekretär des Zentralrates der FDJ, an.

Die Teilnehmer des Konsultativtreffens wurden zu einer außerordentlichen Vollversammlung des Österreichischen Bundesjugendringes, ÖBJR, eingeladen, auf der Altbundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), die Historikerin Prof. Erika Weinzierl und der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie, Dr. Marilies Flemming (ÖVP), zum Thema "1988 - 50 Jahre Geschichte und die Zukunft der österreichischen Jugend. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" sprachen.
Auf einer Sondersitzung des V. Konsultativtreffens hielt der Kanzler der Republik Österreich, Dr. Franz Vranitzky, einen Vortrag über den "Beitrag Österreichs zum KSZE-Prozeß".

Studentenzusammenarbeit geführt hatte, überwog in Wien deren sichtbares Interesse an einer gleichberechtigten Zusammenarbeit der Jugendverbände aus Ost- und Westeuropa. Erstmalig überhaupt setzten sich die jungen Christdemokraten auf einem AEYSC-Konsultativtreffen in der Tendenz konstruktiv mit dem Begriff der friedlichen Koexistenz des Sozialismus und des Kapitalismus auseinander. Der Generalsekretär des Verbandes Europäischer Junger Christdemokraten, EYCD, vertrat die Auffassung, friedliche Koexistenz müsse "zu einer Situation führen, in der beide Systeme für immer nebeneinander existieren". Es ginge dabei "nicht um einen Wettbewerb, sondern um die Zusammenarbeit". In der Diskussion erläuterte die FDJ-Delegation den Standpunkt der SED zur Politik der friedlichen Koexistenz. In der Diskussion wurde die wachsende Erkenntnis bei Teilen junger Christdemokraten davon deutlich, daß die imperialistischen Staaten lernen müssen, mit den sozialistischen Ländern zu leben und Kernfragen der Gegenwart mit ihnen gemeinsam zu lösen.
Dieses modifizierte Herangehen der jungen Christdemokraten trug zur konstruktiven Atmosphäre auf dem Konsultativtreffen bei und führte zu größeren Anstrengungen der konservativen Kräfte, sich selbst stärker im Ost-West-Dialog zu profilieren. Diese Situation führte zu einer Erhöhung der Rolle der parteipolitischen Bewegungen, insbesondere der sozialdemokratischen und christdemokratischen Jugend- und Studentenverbände, innerhalb der AEYSC, was sichtbar auf Kosten solch übergreifender Jugendstrukturen ging, wie des Europäischen Rates der Nationalen Jugendkomitees, CENYC.

IV.

Die FDJ-Delegation führte während des V. Konsultativtreffens der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit eine Vielzahl bilateraler Gespräche.

Der Generalsekretär des WBDJ, Vilmos Cserveny, informierte über die Absicht des Europaparlaments, im Herbst Delegationen junger Parlamentarier aller europäischen Staaten nach Straßbourg einzuladen. Er bat den Zentralrat der FDJ, die Entsendung einer Delegation der FDJ-Fraktion der Volkskammer der DDR bei entsprechender offizieller Einladung positiv zu prüfen.

Im Verlaufe eines ausführlichen Gesprächs mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD der BRD, Olaf Scholz, wies die FDJ-Delegation prinzipiell die jüngsten Einmischungsversuche der Jungsozialisten in die inneren Angelegenheiten der DDR und der FDJ zurück. Olaf Scholz berichtete über eine "gewisse Irritation" des JUSO-Vorstandes über die Reaktion der FDJ auf die "moderate Behandlung der jüngsten Ereignisse in der DDR durch die JUSOS". Die Teilnahme des Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Michael Guggemos, an der JUSO-Frauenausstellung im Januar 1988 in Berlin habe "letztlich der Verhinderung möglicher Provokationen gegen die DDR und der unzulässigen Belastung des Verhältnisses FDJ-JUSOS gedient". Diesem Ziel sei auch ein Brief an Eberhard Aurich zugeordnet gewesen, der in der BRD nicht veröffentlicht worden sei. In Übereinstimmung mit Michael Guggemos wolle er die grundsätzliche Auffassung des JUSO-Bundesvorstandes bekräftigen, die Beziehungen zur FDJ im Sinne des 1986 gemeinsam ausgearbeiteten Kommuniqués konstruktiv und "möglichst ohne konjunkturelle Belastungen" weiterzuentwickeln.
Diesem Herangehen stimmte die FDJ-Delegation prinzipiell zu. Sie machte deutlich, daß es in der Weiterentwicklung des Dialogs mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD und anderen Jugendverbänden der BRD vor allem darum gehe, dafür zu wirken, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht, daß durch die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts der Frieden in Europa sicherer gemacht wird. Es wurde vereinbart, daß der

Zentralrat der FDJ konkrete Vorschläge für die Durchführung des für Mai 1988 geplanten Seminars in der DDR sowie für die inhaltliche Profilierung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von FDJ und JUSOS zur Erarbeitung friedenspolitischer Initiativen unterbreitet. Olaf Scholz begrüßte die Initiative des Genossen Erich Honecker zur Durchführung eines Internationalen Treffens für atomwaffenfreie Zonen im Juni 1988 in Berlin. Er bekundete seine Bereitschaft, dafür zu wirken, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD in geeeigneter Weise offiziell in diesem Sinne äußert.

In einem Gespräch mit Robert Kredig, persönlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden der Internationalen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Hans Koschnik, überbrachte dieser das "große Interessse der SPD-Fraktion im Bundestag der BRD sowie des SPD-Parteivorstandes", den im Januar 1988 nicht realisierten Besuch einer Delegation der FDJ-Fraktion der Volkskammer der DDR in der BRD noch in diesem Jahr nachzuholen. Es sei bisher "in diesen Beziehungen viel für den Normalisierungsprozeß erreicht worden". Jetzt, da der Bundestagspräsident "grünes Licht" erhalten habe, die Aufnahme offizieller Beziehungen zur Volkskammer der DDR vorzubereiten, gelte es, "das Feld nicht den konservativen und liberalen Kräften zu überlassen". Inoffiziell vertrat Robert Kredig die Auffassung, daß die Leiterin der Arbeitsgruppe Jugend in der SPD-Fraktion, Margitta Terborg, den Besuch der FDJ-Volkskammerdelegation "sehr ungeschickt, unprofessionell" vorbereitet habe. Dies sei jedoch nicht die Grundlinie der SPD. Der Leiter der FDJ-Delegation legte den prinzipiellen Standpunkt der FDJ zu dieser Problematik dar und machte deutlich, daß die Perspektiven der Beziehungen zwischen der SPD-Fraktion des Bundestages und der FDJ-Fraktion der Volkskammer der DDR vom konstruktiven Herangehen der Arbeitsgruppe Jugend in der SPD-Fraktion abhingen, das jegliche Einmschung in die inneren Angelegenheiten

der DDR und der FDJ ausschließt. In diesem Sinne sei es an der Arbeitsgruppe Jugend der SPD-Fraktion, ihre Positionen klarzustellen.

Auf Einladung der Jungen Österreichischen Volkspartei, JÖVP, fand eine Beratung mit dem Leiter der Internationalen Kommission dieses Verbandes, Arthur Winkler-Hermaden, und dem Mitglied der Kommission, Thomas Brandtner, statt. Sie trug eine sehr konstruktive Atmosphäre und machte das deutlich gewachsene Interesse der JÖVP deutlich, die Kontakte zur FDJ qualitativ, u. U. bis hin zur Aufnahme offizieller Beziehungen auszubauen.

In gleicher Weise verliefen Gespräche mit den Vertretern des Verbandes Europäischer Junger Christdemokraten, EYCD, Filippo Lombardi und Christian Koutzine. Diese bekundeten grundsätzlich Interesse am Ausbau der Kontakte zur FDJ, an der Entwicklung des Sozialismus in der DDR sowie dem Vorbereitungsprozeß der XIII. Weltfestspiele. Die Vertreter der EYCD brachten (wie auch gegenüber dem WBDJ) ihr Interesse an einer Teilnahme an der II. Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees für das XIII. Festival zum Ausdruck, die im April 1988 in New Delhi stattfinden wird.

Der Präsident der Europäischen Union der Jüdischen Studenten, EUJS, Maram Stern, bat die FDJ, die Teilnahme von Vertretern seines Verbandes an Jugendveranstaltungen in der DDR anläßlich des 50. Jahrestages der "Kristall-Nacht" zu prüfen.